

Merkel und Hollande sollen NSA-Affäre aufklären - 35 Spitzenpolitiker von NSA abgehört

cp/dpa | Veröffentlicht: 25/10/2013 06:33 CEST



Folgen:

[Barack Obama](#), [Abhör-Affäre](#), [Merkel Hollande NSA-Affäre](#), [NSA-Affäre](#), [Edward Snowden](#), [Eu-Gipfel](#), [Hollande](#), [Merkel](#), [Politik](#), [Aktuelles](#)

BRÜSSEL/LONDON/BERLIN/WASHINGTON - Deutschland und Frankreich sollen mit den USA den Skandal um Spähaktionen des Geheimdienstes NSA klären. Es sei eine deutsch-französische Initiative, der sich andere Länder anschließen könnten, sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy nach Gipfel-Beratungen in Brüssel am Freitagmorgen.

Beim Dezember-Gipfel der EU sollen die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande Bericht erstatten. Unterdessen wurde bekannt, dass die NSA offenbar bei zahlreichen Spitzenpolitikern mithörte.

„Ausspähen geht gar nicht“

„Misstrauen erschwert die gemeinsame Arbeit“, sagte die amtierende Kanzlerin in Richtung Washington. Eine Unterbrechung der Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA sei bei den Gipfel-Beratungen aber nicht gefordert worden, erklärte sie. Das hatte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, vor dem Treffen ins Gespräch gebracht.

Das Allerwichtigste sei jetzt, mit den USA eine Basis für die Zukunft zu finden, sagte Merkel. „Für die Zukunft muss etwas verändert werden und zwar gravierend.“ So müsse das Thema Datenschutz vorrangig behandelt werden.

Alle werden abgehört

Der EU-Abgeordnete Axel Voss (CDU), der die Verhandlungen zur Datenschutzreform im Europäischen Parlament für die konservative Mehrheitsfraktion (EVP) führt, glaubt, dass die Abhöraktionen der US-Geheimdienste weiter gehen als bisher angenommen. "Ich gehe davon aus, dass die Handys der Abgeordneten des EU-Parlaments auch abgehört werden. Ich denke, wir sind ein interessantes Ziel", sagte Voss der "Welt".

Voss forderte, eine eigene europäische Spionageabwehr aufzubauen, um Mobiltelefone besser schützen zu können. "Im Abschlussbericht des Parlaments zur NSA-Affäre wird auch die Forderung nach einer technologischen Offensive stehen, um uns unabhängiger zu machen von amerikanischen Unternehmen und um unsere Privatsphäre besser schützen zu können", kündigte der Abgeordnete an.

35 internationale Spitzenpolitiker sollen abgehört worden sein

Die NSA überwachte nach einem Zeitungsbericht die Telefon-Kommunikation von 35 internationalen Spitzenpolitikern. Die Nummern habe die NSA von einem Beamten der US-Regierung erhalten, [schrieb der britische "Guardian"](#) am Donnerstag unter Berufung auf Unterlagen aus dem Fundus des Informanten Edward Snowden.

Das NSA-Dokument stamme aus dem Jahr 2006, schrieb der "Guardian". Namen seien darin nicht genannt. Die Telefone der 35 Top-Politiker seien unter insgesamt 200 Nummern gewesen, die der Beamte dem Abhördienst übergeben habe. Diese Informationen hätten auch den Zugang zu weiteren Telefonnummern ermöglicht, hieß es. Die Überwachung habe allerdings wenig berichtenswerte Informationen gebracht.



Welche neuen Enthüllungen hat Edward Snowden noch zu bieten?

US-Sicherheitsbehörden warnen [derzeit laut einem Bericht der "Washington Post"](#) befreundete Geheimdienste vor möglichen Enthüllungen auf Basis von Snowden-Dokumenten. Er habe Zehntausende Unterlagen mitgenommen, die Informationen über

Spionage-Aktionen zum Beispiel gegen den Iran, Russland oder China mit Hilfe von Diensten anderer Länder enthielten, schrieb das Blatt in der Nacht zum Freitag. Darunter seien zum Teil auch Staaten, die nicht offiziell mit den USA verbündet seien.

Die beteiligten ausländischen Dienste würden jetzt nacheinander vom Büro des US-Geheimdienstleiters James Clapper informiert, hieß es. In einem der Fälle gehe es zum Beispiel um eine Spionage-Aktion gegen Russland, die von einem NATO-Land aus laufe. "Wenn die Russen davon wüssten, wäre es für sie nicht schwer, dem ein Ende zu setzen."

„Die Vereinigten Staaten nehmen die Bedenken der internationalen Gemeinschaft sehr ernst“, sagte die sicherheitspolitische Sprecherin des Weißen Hauses, Caitlin Hayden. Es gebe regelmäßig Gespräche mit "betroffenen Partnern". Laufende diplomatische Diskussionen wolle sie aber nicht kommentieren. Auch die NSA äußerte sich auf Nachfrage nicht zu dem Bericht der "Washington Post".

Auch die US-Botschaft könnte beteiligt gewesen sein

An der vermuteten Spionageattacke gegen Merkel war möglicherweise die US-Botschaft in Berlin beteiligt. Dieser Verdacht soll sich, [wie die "Süddeutsche Zeitung" erfuhr](#), aus Unterlagen von Snowden ergeben. Auch die "Welt" berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise in Berlin von dem Verdacht.

Der amtierende Außenminister Guido Westerwelle (FDP) bestellte US-Botschafter John B. Emerson zum Rapport - ein ziemlich beispielloser Vorgang unter engen Verbündeten.

Deutsche Sicherheitsbehörden vermuten, dass Merkels Handy längere Zeit angezapft wurde. In Dokumenten, die Snowden entwendet habe, befände sich eine alte Handy-Nummer Merkels, berichtete die "Welt" unter Berufung auf Sicherheitskreise. Merkel nutzte das betroffene Handy demnach von Oktober 2009 bis Juli 2013. Auch die Bundesanwaltschaft prüft die Hinweise.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verlangt rasche Aufklärung von den USA. In der "Bild"-Zeitung vom Freitag forderte Friedrich Emerson zur Herausgabe von Informationen auf. Es sei klar, dass das "Abhören von Telefonen unter Partnern ein massiver Eingriff in die Souveränität unseres Landes und ein Vertrauensbruch" ist. Die USA müssten sich bewusst werden, "dass unsere Bürger es nicht akzeptieren, ausgespäht zu werden. Es schadet dem Image der USA massiv, wenn sie so auftreten. Ich erwarte eine Entschuldigung der USA."